

1. Juni 1952

Reformierte Politik?

W. A. Millionen sind für die fascistische Form des totalen Staates mit seinem ver-göttlichten Führer gestorben — Millionen sind nach 1945 ohne geistigen Halt zurückgeblieben. Millionen haben ihr Leben für Stalins kommunistische Diktatur hingegeben — Millionen wissen nicht, wie sie das Joch des Ostens abschütteln und ein besseres Los finden können. Noch 1918 glaubten die Völker, mit der Weltorganisation von Genf eine bessere Zukunft zu bauen. Der zweite Weltkrieg hat diese Hoffnung zerstört. Zurück blieb bei den europäischen Völkern eine grosse Skepsis allen politischen Lehren gegenüber. Die menschliche Vernunft, der das 19. Jahrhundert blind vertraut hatte, genügte als Grundlage nicht mehr. Die unsicher Gewordenen suchten nach einem neuen Halt. Sie wandten sich an die christlichen Kirchen, und eine zeitlang schien es, als ob alle Völker von einer religiösen Erneuerung ergriffen würden. Doch bereits ist es um einzelne Bewegungen wieder stiller geworden. Die internationale Politik kümmert sich so wenig wie je um christliche Grundsätze, und in den einzelnen Staaten gestaltet sich der politische Alltag nicht viel anders als vor dem Krieg. Die Frage nach einer neuen Basis ist aber geblieben.

Wir begrüssen es daher, wenn es die neue Zeitschrift «Reformatio» unternimmt, nach den Grundlagen unseres politischen Lebens zu forschen und in einem Sonderheft verschiedene Aufsätze bietet. Der Redaktor Peter Vogelsanger spricht von einem Versuch, «eine reformierte Haltung» zu gewinnen, die sich in der theoretischen Besinnung wie in der praktischen Gestaltung auswirken müsse. Professor Kägi untersucht die Grundlagen, Pfarrer Locher weist auf die politische Leistung der Reformatoren hin, und andere Autoren behandeln Einzelgebiete der Innen- und Aussenpolitik. Sie schreiben anregend, und es ist zu hoffen, dass das Gespräch von anderer Seite aufgenommen und später von der «Reformatio» weitergeführt wird. Der Rahmen ist sehr weit gespannt und vieles wird angetönt. Aber wir müssen gestehen, dass wir auch nach der Lektüre des Sonderheftes nicht genau wissen, was reformierte Politik bedeutet. Denn wer will heute nicht eine «Gesellschaft freier Menschen in gerechter Ordnung», wie es im Vorwort heisst? Entscheidend ist viel mehr, wie diese Ordnung in der Praxis aussehen soll.

Im Gegensatz zum letzten Jahrhundert wagt heute niemand mehr ernsthaft zu bestreiten, welchen gewaltigen Einfluss die Lehre Christi auf die Geschichte des Abendlandes und der ganzen Welt besitzt. Darum ist es angebracht, auf die Entwicklung hinzuweisen und die Wurzeln unseres geistigen Lebens, aber auch der Wirtschaft und der Technik aufzuzeigen. Das Wissen um unsere Herkunft als Europäer verhindert, dass wir die eigene Gegenwart überschätzen, heutige Lehren verabsolutieren oder einzelne Menschen vergotten. Aber wir dürfen nicht nur Nazareth nennen, Athen und Rom gehören ebenfalls an den Anfang Europas. Denis de Rougemont formuliert daher im Sonderheft zutreffend: «Griechenland entdeckte den philosophi-

ben. Denn was ist nicht während der Jahrtausende alles «im Namen Gottes des Herrn» getan worden, — und was geschieht nicht alles in unserer Gegenwart unter Berufung auf Christus! Wir wollen die Kunde vom Transzendenten, wie sie uns die Bibel vermittelt, nicht bestreiten. Aber wir wissen aus allzu reicher Erfahrung, wie sich dieses Transzendente immer wieder bricht und zum Unheil wird, wenn die Menschen das öffentliche Leben gestalten. Was ist dann noch reformierte und was nicht mehr reformierte Politik?

Nehmen wir zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit: Einmal die Stellung Karl Barths zum West-Ost-Konflikt in bezug auf die Rolle der Kirche. Theologisch lässt sich das Vertagen einer Entscheidung sehr wohl rechtfertigen — politisch gesehen aber kann die mangelnde Entscheidung die innere Abwehrkraft des Westens stark schwächen. Zum andern die letztjährige Abstimmung über die Freigeld-Lehre, die von verschiedenen Pfarrherren unter Berufung auf Bibelstellen als göttliche Weisheit empfohlen wurde. Wer wollte bestreiten, dass sich diese Theologen «im Dienste ihres Herrn» fühlten und das Beste erstrebten? Aber sie verfielen ebenso einem Irrtum wie andere, die nicht auf christlicher Grundlage standen. Genau gleich ergeht es einigen Autoren im Sonderheft der «Reformatio», sobald sie über die Kunde vom Transzendenten in die Wirklichkeit unserer Welt vordringen wollen, sei es durch eine Analyse der Gegenwart oder durch praktische Vorschläge. Es gibt in Europa kaum eine politische Idee, die nicht von den einen irgendwie «christlich» begründet, von andern als unchristlich gebrandmarkt wurde — vom Liberalismus über den Marxismus bis zum Fascismus und zum Sowjetkommunismus. Eine Richtschnur für das praktische Handeln erhalten wir dadurch nicht.

Professor Kägi kommt in seiner Grundlagen-Darstellung zur Forderung, es komme heute auf die «schlichte Bewährung im politischen Alltag» an. Einverstanden. Aber ist das eine besonders reformierte Haltung? Kann dieser Forderung nicht auch der Katholik, kann ihr nicht auch

der ausserhalb der Kirche Stehende zustimmen? Sicherlich. Oder umgekehrt: Darf sich bei einer Abstimmung eine waadtländische Kirche als solche mit dem Landwirtschaftsgesetz auf Gedeih und Verderb verbinden und so eine Nähe zum politischen Kampf finden, der ihr bei anderer Gelegenheit zum schweren Schaden werden kann? Nachträgliche Selbstanklagen nützen wenig, wenn ein Fehlentscheid getroffen worden ist. Wer sich in unserer Welt für ein menschliches Anliegen einsetzt, steht und fällt mit dem Sieg oder der Niederlage dieses Anliegens. Wenn sich die Kirche zu sehr mit einer Bevölkerungsschicht oder mit einer politischen Idee verbindet, dann teilt sie in den Augen der Menschen das Schicksal des Vertretenen. Sie kann und muss ihre Botschaft verkünden, wenn nötig gegen die Mächtigen und für die Schwachen auftreten — aber sie kann nicht eine reformierte oder katholische Politik betreiben. Sonst gerät sie mit ihrer eigenen Lehre in Widerspruch.

Die alten Schwyzer oder St. Galler sind mit den in ihrem Gebiet liegenden Klöstern oft in Streit geraten — dennoch knieten sie vor jeder Schlacht nieder. Sie hörten auf die Botschaft der Kirche, aber sie wiesen den Machtanspruch der Äbte zurück. Im 19. Jahrhundert wurde erbittert um die Trennung von Kirche und Staat gekämpft. Führte sie auch nicht überall zu einer formellen Scheidung, so hat doch das Prinzip Anerkennung gefunden, gegenseitig Toleranz zu üben und die Grenzen zu wahren. Wir wollen diese Entwicklung nicht rückgängig machen. Es sollen allerdings auch keine Klöster mehr aufgehoben werden; jede Kirche muss das Recht zur freien Verkündigung haben. Aber die Kirchen müssen sich hüten, dass nicht bei einer Frage wie der Bundesfinanzreform die Kontingentslösung oder die Getränkesteuer als besonders «christlich» erklärt wird. Die Kirche kann die Forderung nach Gerechtigkeit erheben, sie kann sich auch für die Würde des Menschen einsetzen, aber sie darf sich, um ihrer eigenen Aufgabe willen, niemals mit dieser oder jener Partei, mit dieser oder jener Einzellösung identifizieren. Darum darf es keine konfessionelle Alltagspolitik geben.

Es ist demnach richtig, wenn die Kirche eine gewisse Distanz zum Parteilieben nimmt und immer wieder auf die «Unvollendbarkeit» und «Ergrenztheit» aller Politik hinweist. Aber es geht

andererseits nicht an, eine «Absage an das Parteilieben» zu fordern und den Parteien vorzuhalten, sie erschöpften sich im Routinespiel ihrer Führer, wodurch sich beim Stimmbürger «Unlustgefühle... bis zum Ekel steigern können». Gerade so darf die Kirche nicht in die praktische Politik eingreifen, will sie mit ihrem Anliegen ernst genommen werden. Es ist allzu leicht, von der Kanzel herunter gegen den «Materialismus» und andere irdische Erscheinungen zu wettern, von den Bürgern aber zu erwarten, dass sie durch Arbeit und Steuern die Gelder für die kirchliche Organisation und ihre Funktionäre zusammenbringen! Wer eine «reformierte Politik» fordert, gerät immer in Gefahr, eine Wiedertäuferbewegung ins Leben zu rufen, die Brechung des Transzendenten in der Welt zu vergessen und das Reich Gottes auf unserm Erdboden erzwingen zu wollen. Eine solche Bewegung mag in noch so grossem Ernst und unter Berufung auf Gott begonnen werden, sie muss sich früher oder später zu einer Form des totalen Staates entwickeln, der alle Ungläubigen vertreibt.

Dennoch möchten wir das Sonderheft der «Reformatio» nicht missen. Schon weil es uns den zukunftsweisenden Aufsatz von Denis de Rougemont vermittelt. Darin ist jedoch nicht von einer reformierten Politik die Rede, sondern von den Kräften, die Europa geformt haben, und die auch seine Zukunft bedeuten — jenes Europa, das eine ständige Revolution darstellt, immer neue Ideen hervorschleudert, Wandlungen durchmacht, dem Fortschritt vertraut und durch «ständige Vermehrung der materiellen, der kulturellen und der sittlichen Möglichkeiten, die mir geboten werden, eine freie Wahl zu treffen». Hier spricht endlich wieder einmal ein Denker nicht ständig von Krise, sondern will im Gegenteil Europas das «Vertrauen in sich selber» zurückgeben und die «Tatkraft» neu erwecken. Er erschrickt nicht vor der Technik, vor der Wirtschaft, vor der ganzen modernen Entwicklung. Aber er ist willens, diese Entwicklung an die Hand zu nehmen und sie letztlich dem «Geist der Freiheit» dienstbar zu machen. Diese Stimme muss vor allem gehört werden, wenn wir uns in der weltpolitischen Auseinandersetzung behaupten und die Skepsis der ungläubig gewordenen Millionen überwinden wollen.

an die christlichen Kirchen, und eine zeitlang schien es, als ob alle Völker von einer religiösen Erneuerung ergriffen würden. Doch bereits ist es um einzelne Bewegungen wieder stiller geworden. Die internationale Politik kümmert sich so wenig wie je um christliche Grundsätze, und in den einzelnen Staaten gestaltet sich der politische Alltag nicht viel anders als vor dem Krieg. Die Frage nach einer neuen Basis ist aber geblieben.

Wir begrüßen es daher, wenn es die neue Zeitschrift «Reformatio» unternimmt, nach den Grundlagen unseres politischen Lebens zu forschen und in einem Sonderheft verschiedene Aufsätze bietet. Der Redaktor Peter Vogelsanger spricht von einem Versuch, «eine reformierte Haltung» zu gewinnen, die sich in der theoretischen Besinnung wie in der praktischen Gestaltung auswirken müsse. Professor Kägi untersucht die Grundlagen, Pfarrer Locher weist auf die politische Leistung der Reformatoren hin, und andere Autoren behandeln Einzelgebiete der Innen- und Aussenpolitik. Sie schreiben anregend, und es ist zu hoffen, dass das Gespräch von anderer Seite aufgenommen und später von der «Reformatio» weitergeführt wird. Der Rahmen ist sehr weit gespannt und vieles wird angetönt. Aber wir müssen gestehen, dass wir auch nach der Lektüre des Sonderheftes nicht genau wissen, was reformierte Politik bedeutet. Denn wer will heute nicht eine «Gesellschaft freier Menschen in gerechter Ordnung», wie es im Vorwort heisst? Entscheidend ist viel mehr, wie diese Ordnung in der Praxis aussehen soll.

Im Gegensatz zum letzten Jahrhundert wagt heute niemand mehr ernsthaft zu bestreiten, welchen gewaltigen Einfluss die Lehre Christi auf die Geschichte des Abendlandes und der ganzen Welt besitzt. Darum ist es angebracht, auf die Entwicklung hinzuweisen und die Wurzeln unseres geistigen Lebens, aber auch der Wirtschaft und der Technik aufzuzeigen. Das Wissen um unsere Herkunft als Europäer verhindert, dass wir die eigene Gegenwart überschätzen, heutige Lehren verabsolutieren oder einzelne Menschen vergotten. Aber wir dürfen nicht nur Nazareth nennen, Athen und Rom gehören ebenfalls an den Anfang Europas. Denis de Rougemont formuliert daher im Sonderheft zutreffend: «Griechenland entdeckte den philosophischen Begriff des einzelnen Menschen; Rom erdachte die Bürgerrechte; Israel brachte der Welt die vollkommen neue Idee, dass der Geist sich in einem besonderen einzelnen Menschen verkörpert, Fleisch und Blut wird.» Diese drei Ströme haben sich zusammengefunden und mit den grossen Gestalten von bald 2000 Jahren die europäische Kultur geformt. Davon ist aber nur in dem Aufsatz von Rougemont die Rede, während alle andern Autoren fast ausschliesslich vom Christentum reden.

Das ist natürlich das gute Recht, ja sogar die Aufgabe einer Zeitschrift, welche das «Reformierte» betonen will. Sie prägt darum den Satz: «Reformierte Politik heisst... dass auch in der Politik Gott — der Gott, der sich in Jesus Christus offenbart hat — der Herr ist.... dass die Königsherrschaft Christi anerkannt wird.» Infolgedessen wird auch der Mensch «in die Verantwortung vor Gott» gestellt, wodurch er erst die Möglichkeit zu den einzelnen menschlichen Freiheiten erhält. Der Gläubige wird dieser Aussage beipflichten, und wer der Kirche ferner steht, wird sie als Glaubenssatz nicht bestreiten. Aber wir wissen noch nicht, was wir durch das Bekenntnis für die Gestaltung der sichtbaren Welt gewonnen ha-

einer Entscheidung sehr wohl rechtfertigen — politisch gesehen aber kann die mangelnde Entscheidung die innere Abwehrkraft des Westens stark schwächen. Zum andern die letztjährige Abstimmung über die Freigeld-Lehre, die von verschiedenen Pfarrherren unter Berufung auf Bibelstellen als göttliche Weisheit empfohlen wurde. Wer wollte bestreiten, dass sich diese Theologen «im Dienste ihres Herrn» fühlten und das Beste erstrebten? Aber sie verfielen ebenso einem Irrtum wie andere, die nicht auf christlicher Grundlage standen. Genau gleich ergeht es einigen Autoren im Sonderheft der «Reformatio», sobald sie über die Kunde vom Transzendenten in die Wirklichkeit unserer Welt vordringen wollen, sei es durch eine Analyse der Gegenwart oder durch praktische Vorschläge. Es gibt in Europa kaum eine politische Idee, die nicht von den einen irgendwie «christlich» begründet, von andern als unchristlich gebrandmarkt wurde — vom Liberalismus über den Marxismus bis zum Fascismus und zum Sowjetkommunismus. Eine Richtschnur für das praktische Handeln erhalten wir dadurch nicht.

Professor Kägi kommt in seiner Grundlagen-Darstellung zur Forderung, es komme heute auf die «schlichte Bewährung im politischen Alltag» an. Einverstanden. Aber ist das eine besonders reformierte Haltung? Kann dieser Forderung nicht auch der Katholik, kann ihr nicht auch

in Widerspruch.
Die alten Schwyzer oder St. Galler sind mit den in ihrem Gebiet liegenden Klöstern oft in Streit geraten — dennoch knieten sie vor jeder Schlacht nieder. Sie hörten auf die Botschaft der Kirche, aber sie wiesen den Machtanspruch der Aebte zurück. Im 19. Jahrhundert wurde erbittert um die Trennung von Kirche und Staat gekämpft. Führte sie auch nicht überall zu einer formellen Scheidung, so hat doch das Prinzip Anerkennung gefunden, gegenseitig Toleranz zu üben und die Grenzen zu wahren. Wir wollen diese Entwicklung nicht rückgängig machen. Es sollen allerdings auch keine Klöster mehr aufgehoben werden; jede Kirche muss das Recht zur freien Verkündigung haben. Aber die Kirchen müssen sich hüten, dass nicht bei einer Frage wie der Bundesfinanzreform die Kontingentslösung oder die Getränkesteuer als besonders «christlich» erklärt wird. Die Kirche kann die Forderung nach Gerechtigkeit erheben, sie kann sich auch für die Würde des Menschen einsetzen, aber sie darf sich, um ihrer eigenen Aufgabe willen, niemals mit dieser oder jener Partei, mit dieser oder jener Einzellösung identifizieren. Darum darf es keine konfessionelle Alltagspolitik geben.
Es ist demnach richtig, wenn die Kirche eine gewisse Distanz zum Parteileben nimmt und immer wieder auf die «Unvollendbarkeit» und «Begrenztheit» aller Politik hinweist. Aber es geht

muss sich früher oder später zu einer Form des totalen Staates entwickeln, der alle Ungläubigen vertreibt.
Dennoch möchten wir das Sonderheft der «Reformatio» nicht missen. Schon weil es uns den zukunftsweisenden Aufsatz von Denis de Rougemont vermittelt. Darin ist jedoch nicht von einer reformierten Politik die Rede, sondern von den Kräften, die Europa geformt haben, und die auch seine Zukunft bedeuten — jenes Europa, das eine ständige Revolution darstellt, immer neue Ideen hervorschleudert, Wandlungen durchmacht, dem Fortschritt vertraut und durch «ständige Vermehrung der materiellen, der kulturellen und der sittlichen Möglichkeiten, die mir geboten werden, eine freie Wahl zu treffen». Hier spricht endlich wieder einmal ein Denker nicht ständig von Krise, sondern will im Gegenteil Europas das «Vertrauen in sich selber» zurückgeben und die «Tatkraft» neu erwecken. Er erschrickt nicht vor der Technik, vor der Wirtschaft, vor der ganzen modernen Entwicklung. Aber er ist willens, diese Entwicklung an die Hand zu nehmen und sie letztlich dem «Geist der Freiheit» dienstbar zu machen. Diese Stimme muss vor allem gehört werden, wenn wir uns in der weltpolitischen Auseinandersetzung behaupten und die Skepsis der ungläubig gewordenen Millionen überwinden wollen.